Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Haben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Für Ausfälle infolge von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Verschulden höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis und Bezugsbedingungen: Verlag Arbeiter Presse, Dresden. Monatlich 1.96 M., außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.06 M., monatlich 65 Pf. Postbezug: Vierteljahr 1.96 M. zuzüglich Porto u. Zust.-Gebühr. Amtl. Bezugspreis 4.8 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur vormittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 13761. Geschäftsstelle von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 31 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 80 mm breite Reklamezeile 250 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 4 Proz. Rabatt. Für Gerichtsanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 4 Proz. Rabatt. Für Briefnachforderungen 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 282 | Dresden, Donnerstag, den 4. Dezember 1930 | 41. Jahrgang

Nazis drillen zum Bürgerkrieg

Putschübung gestört!

350 bewaffnete Hitlerleute bei militärischer Nachtübung gefaßt

Wie gestern gemeldet, wurden in Jäschkowitz bei Breslau etwa 150 Mitglieder der Breslauer nationalsozialistischen Sturmabteilung, darunter auch Sanitäter, feldmarschmäßig ausgerüstet und bewaffnet von der Breslauer Polizei festgestellt. Sie waren im Schloß des Gutshofes des Rittergutspächters v. Oelsen untergebracht, wo die Unterkunft in Zelten vorbereitet war. Ein noch in der Nacht hinzugezogenes Schutzkommando stellte eine Menge Waffen, darunter schußfertige Karabiner, Pistolen, Handgranaten, Munition und Giftgasbomben aller Art, fest. Rittergutspächter v. Oelsen erklärt, daß ihn vor einigen Tagen ein junger Mann um die Aufnahme mehrerer hundert Nationalsozialisten gebeten hätte, weil in Breslau in der Nacht zum Mittwoch von linke „ein Putsch" geplant sei und die Nazis um ihr Leben fürchteten. Er habe schon öfters rechtsradikalen Verbänden Unterkunft gewährt und hätte schon aus diesem Grunde das an ihn gerichtete Ansinnen nicht abgelehnt.

Dies Märchen wird der Großagrarier vor Gericht beweisen müssen, denn die bewaffneten Nazis sind verhaftet und werden angeklagt werden.

*

Eine vollkommene Schlachtprobe!

wtb. Breslau, 3. Dezember. Der Polizeipräsident erklärte der Presse, daß die Polizei davon Kenntnis erhalten hatte, daß Breslauer Nationalsozialisten im Oderwald eine Feldübung abhalten wollten. Die Uebung, zu der sich etwa 200 SA.-Angehörige aus Breslau einzeln begaben, um sich später außerhalb der Stadt zu Trupps zusammenzuschließen, wurde von Polizeibeamten beobachtet. Es wurde mehrmals geschossen, auch farbige Leuchtraketen auf. Zwischen 12 und 1 Uhr nachts traf dieser Trupp im Park in Jäschkowitz ein, wo er von anderen SA.-Leuten empfangen wurde. In den Sälen des Schlosses war für insgesamt 450 Personen Unterkunftsmöglichkeit vorbereitet. Festgenommen wurden von der Polizei 350 Nationalsozialisten, die zum größten Teil wieder entlassen worden sind. Unter den beschlagnahmten Waffen waren einige Karabiner, Revolver und Trommelrevolver, Leuchtpistolen, Spitzhacken und ungeschliffene Spaten. In einem Raume wurden 1000 Stahlhelme gefunden. Bei einem der Festgenommenen fand die Kriminalpolizei einen unterschriebenen Befehl, der zum Ausmarsch mit unbekanntem Ziele in feldmarschmäßiger Ausrüstung aufforderte. Bei der Festnahme suchten die Nazis aus den Fenstern des Schlosses zu flüchten. Die Polizei mußte sie durch Schreckschüsse daran hindern.

*

Hitler versucht wieder Ableugnung

D. Berlin, 4. Dezember. (Eig. Funk.) Hitler möchte nach Meldungen der Rechtspresse gern von dem Jäschkowitzer Naziunternehmen abrücken, nachdem seine Getreuen auf frischer Tat ertappt wurden. Er soll aus Berlin ein Telegramm gesandt haben, wonach der Beschluß der politischen Leitung der Partei, „jeden rücksichtslos aus der Organisation zu entfernen, der illegale Mittel im politischen Kampf anwende", restlos „durchgeführt" werden solle.

Blutvergießen – KPD.-Aufmärsche

In Leipzig ein Toter, sieben Verletzte

wtl Leipzig, 3. Dezember. Zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei kam es heute in den späten Nachmittagsstunden in der Leipziger Innenstadt im Zusammenhang mit dem „Hungermarsch", zu dem die Kommunistische Partei aufgerufen hatte. Die Teilnehmer zweier Versammlungen, etwa 2000 Personen, trafen sich gegen 6 Uhr abends auf dem Floßplatz in der Nähe des Reichsgerichts und wurden dort von einem Redner, der erklärte, „für uns gibt es keine Bannmeile", aufgefordert, in geschlossenem Zuge zum Rathaus zu marschieren, wo die Stadtverordneten ihre Sitzung abhielten. Auf dem Marsch dorthin traten den Demonstranten in der Nähe des Königsplatzes eingesetzte Polizeimannschaften entgegen, die die Massen auseinanderzutreiben versuchten. Dabei kam es zu schweren Zusammenstößen, in deren Verlauf die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen mußte. Acht Personen wurden verletzt, davon eine Person schwer. Alle acht wurden ins Krankenhaus gebracht, wo der schwerverletzte Demonstrant inzwischen gestorben ist. Es gelang der Polizei, die Menschenmassen auseinanderzutreiben, die sich dann noch in den nahen Anlagen umhertrieben. Es entstanden verschiedentlich neue Zusammenrottungen, die immer wieder von der Polizei zerstreut wurden. — In der Stadtverordnetensitzung beantragten die Kommunisten Zurückziehung der Polizei und Amtsenthebung des Polizeipräsidenten; der Antrag verfiel jedoch der Ablehnung.

*

Von Kommunisten erstochen

SPD. Hamburg, 4. Dezember. (Eig. Funkspruch.) Ein kommunistischer Demonstrationszug, etwa 250 Personen stark — die Teilnehmer trugen vielfach Rote-Marine-Uniform —, hatte einen scharfen Zusammenstoß mit der Polizei. Die Demonstranten zogen durch den Alten Steinweg, wo ihnen mehrere Ordnungspolizisten entgegentraten. Die Schutzleute wurden mit Johlen und Beschimpfungen empfangen, zu Boden gerissen, geschlagen und getreten. Herbeigerufene Polizeiverstärkung griff mit dem Gummiknüppel ein. In der Nähe des Großneumarkts wurde mit Messern auf die Beamten gestochen. Ein Polizeihauptmann erhielt einen Messerstich in den Leib, ein Revierkommissar Stiche in den Rücken und erhebliche Gesichtsverletzungen, ein Polizeiwachtmeister wurde durch Messerstiche in die Halsschlagader getötet. Die kommunistischen Messerhelden flüchteten und entkamen im Schutz der Dunkelheit bis auf zwei.

Politik der Duldung

Von GEORG DECKER

Die Sozialdemokratie steht gegenwärtig vor der ebenso merkwürdigen wie schwierigen Frage, ob sie die Anwendung des Artikels 48 durch die Regierung Brüning dulden soll, um der Diktatur einer Nazi-Bürgerblock-Regierung vorzubeugen. Im neuesten Heft der sozialistischen Zeitschrift Gesellschaft beleuchtete Genosse Decker diese Lage, die Gründe und die Gefahren der Duldungspolitik. Die Redaktion.

Eine Partei steht in Opposition zur Regierung, vermeidet aber, sie zu stürzen, d. h. die Regierung wird von der oppositionellen Partei toleriert. Das ist im neuen Reichstag vorläufig die Taktik der Sozialdemokratie gegenüber der Regierung Brüning.

Es liegt auf der Hand, daß diese Tolerierungspolitik eine scharf ausgeprägte Politik des kleineren Uebels ist. Mit dieser Feststellung allein wird man aber weder der Bedeutung noch der Schwierigkeit der Tolerierungspolitik gerecht. Es ist nicht einfach so, daß eine schlechte Regierung aus dem Grunde toleriert wird, weil die nach ihrem Sturz zu erwartende Regierung noch schlechter sein müßte. Eine scharfe Oppositionsstellung der schlechten Regierung gegenüber könnte jetzt für die Sozialdemokratie vielleicht die vorteilhafteste Politik sein. Zweifelhaft ist aber, ob nach dem Sturz der Regierung Brüning von der Oppositionsstellung irgendeiner Regierung gegenüber noch die Rede sein kann. Es ist vielmehr sehr wahrscheinlich, daß dann Zustände eintreten würden, unter denen die Bezeichnung „Opposition" kein richtiger Ausdruck für das Verhältnis der Sozialdemokratie zu der neuen Regierung wäre.

Es ist in diesem Falle nicht unwesentlich, welches Wort gebraucht wird. Mit dem Worte „Opposition" ist der Begriff der parlamentarischen Opposition so stark verbunden, daß man dabei unwillkürlich vor allem an die Kampfstellung gegen die Regierung im Reichstag denkt. Es muß aber mit einer vollkommenen Ausschaltung des Reichstages gerechnet werden, ja sogar damit, daß die neue Regierung eine Regierung des Staatsstreiches und des Bürgerkrieges werden könnte. Mit anderen Worten: der Grundgedanke der Tolerierungspolitik ist nicht der, eine parlamentarische Regierung als das kleinere Uebel einer anderen parlamentarischen Regierung vorziehen, sondern der Wille, durch diese Politik das Ende des parlamentarischen Regierens überhaupt zu verhindern. Es scheint daher müßig, darüber zu diskutieren, was besser sei: eine Tolerierung der Regierung Brüning oder eindeutige oppositionelle Haltung gegenüber einer Reichsregierung, in der die Nationalisten vertreten sind. Wir stehen vor einer ganz anderen Alternative und damit auch vor ganz anderen Problemen.

Die größte Schwierigkeit der Tolerierungspolitik besteht darin, zu entscheiden, wann diese Politik als Rettung der Demokratie gelten kann und wann sie selber zu einer Gefahr für die Demokratie zu werden droht. Dieses Problem müssen sowohl die Anhänger wie die Gegner der Tolerierung ganz klar erkennen. Wenn man den ganzen Ernst der Lage richtig begreift, so erscheint meines Erachtens die Tolerierungspolitik in ihrer Tendenz als unzweifelhaft richtig. Ihr Erfolg hängt aber nicht nur

SPD. und Notverordnung

Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm nach Schluß der Plenarsitzung Berichte ihrer Vertreter über den Verlauf der Verhandlungen mit der Regierung entgegen. Eine Entscheidung über ihre Stellungnahme fällte die Fraktion noch nicht. Es wurden lediglich die Gründe erörtert, die für oder gegen die Ablehnung der Anträge auf Aufhebung der Notverordnung sprechen.

Die Ueberweisung der Notverordnung an den Haushaltausschuß dürfte sich als unzweckmäßig erweisen, weil sie bereits die mit der Sozialdemokratie vereinbarten Verbesserungen in der Krankenversicherung, in der Arbeitslosenversicherung und bei der Bürgerabgabe enthält. Sollte der Reichstag die Aufhebung der Notverordnung ablehnen, so wird die sozialdemokratische Fraktion für die notwendigen Verbesserungen bei den einzelnen Vorlagen im Wege der Initiativgesetzgebung kämpfen. Die Fraktion wird also in genau formulierten Anträgen diejenigen Forderungen stellen, die das Interesse der arbeitenden Klasse bei der Lösung des Finanzproblems erfordert. Dem Reichstag wird damit Gelegenheit geboten, das auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung zu tun, was nach Auffassung der Sozialdemokratie zum Schutze der sozialen Interessen der werktätigen Massen und zur Ueberwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise geschehen muß.

Seltsame Ruhe im Reichstage

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Es sah an diesem Mittwoch rundum den Reichstag gefährlich aus, aber es wurde alles halb so schlimm. Der erste Tag des zweiten Sitzungsabschnittes dieses Krisenreichstags verlief drinnen und draußen ohne jede Aufregung. Im Sitzungssaal ging es ruhig und sachlich, beinahe langweilig zu. Vor dem Gebäude sahen Trupps der Schutzpolizei streng auf die Innehaltung der Bannmeile. Zum wollte alle Versuche der Nazis, sich wieder im Fensterumlagerungen zu üben und Kraftwalleder zu grölen, in den Anfängen unterbinden. Die Demonstration der Polizei Severings wirkte auf die Nazis sehr beruhigend. Sie benahmen sich vor dem Haus wie im Haus recht artig. Ihre Bonzen waren nicht in Uniform, sondern in eleganten Zivilanzügen erschienen, die Oberbonzen Strasser, Goebbels und andere an der Spitze waren in ihren schnittigen Privatautos vorgefahren. Die Führung der Fraktion hatte wieder der thüringische Minister Dr. Frick, dessen 20000 M. Jahresgehalt fette Aufwandsentschädigungen und vielerlei gute Posten ihm erlauben, das Kommen des Dritten Reiches in Geduld abzuwarten. Die Tribünen des Hauses waren dicht gefüllt, aber weder die Studenten noch die Modedamen, die gekommen waren, um die Nazi-Abgeordneten als wilde Männer auftreten zu sehen, kamen auf ihre Kosten. Es war eine regelrechte normale parlamentarische Arbeitssitzung.

Nicht einmal die zahllosen Strafverfolgungsanträge gegen nationalsozialistische Abgeordnete, die berufsmäßig gegen hohe Redaktionsgehälter ihre parlamentarische Immunität ausnutzen, um ohne Gefahr verleumden zu können, erregten nennenswertes Aufsehen. Man ist ja links gewohnt, daß gegen die fette Nazi-Bonzokratie dutzendfache Beleidigungsklagen anhängig sind, und daß sich jeder von ihnen vor jeder Gerichtsverhandlung zu drücken sucht. Am Mittwoch lagen zwei Dutzend Beleidigungsklagen gegen den Nazi-Bonzen Buch vor. Eine ganze Menge anderer Nazi-Bonzen, so der notorische Verleumder Dr. Ley in Köln, konnte diesmal „nur" mit sechs Beleidigungsklagen aufwarten. Diese heldenhaften Vorkämpfer für Ehre und Reinheit verkriechen sich nun wieder hinter die parlamentarische Immunität.

Reichsfinanzminister Dietrich konnte in Ruhe seine große Rede halten. Nazis und Nazis waren hübsch ruhig. Sie leisteten für ihre Wähler also heute gar nichts, kein Schreien, kein Brüllen, keine „Entrüstung". Sie stärkten sich wohl für morgen, Donnerstag, für die Debatten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19301204/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG